



Scheinfirmen

Warum anonyme Strohfirmer ein großes Hemmnis für den Kampf gegen Armut darstellen, und was sich dagegen tun lässt



Photo: AP/Schalk van Zuydam

Über anonyme Scheinfirmer können korrupte Politiker öffentliche Gelder abzweigen, die für Schulen, Krankenhäuser und andere wichtige staatliche Leistungen benötigt werden.

Wo liegt das Problem?

Geldwäscher, korrupte Politiker, Terroristen, Waffenhändler, Drogenschmuggler und Steuerhinterzieher sind auf zwei Dinge angewiesen, um ihr schmutziges Geld waschen zu können: Firmenstrukturen, die es ihnen ermöglichen, ihre Identität zu verbergen, sowie Banken und andere Dienstleister, die bereit sind, Geschäfte mit ihnen zu machen. Beides findet sich gegenwärtig problemlos.

„Undurchsichtige Firmenstrukturen sind kein Produkt des Zufalls: Sie sind das Werk der unablässigen Bemühungen einiger der klügsten Köpfe auf diesem Planeten. Diese Menschen sollten vor Scham im Erdboden versinken.“

Paul Collier, Entwicklungsökonom¹

PROBLEM NR. 1

Scheinfirmer ermöglichen die Korruption, die arme Länder in Armut verharren lässt

„Korruption [ist] eines der größten Hemmnisse für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.“

The World Bank²

Das Problem der Verschleierung der Identität von Firmeninhabern wurde erst kürzlich auf politischer Ebene heiß diskutiert. Auf dem G8-Gipfel 2013 in Nordirland kündigten die Staats- und Regierungschefs der G8 an, erste Maßnahmen zu dessen Bekämpfung einzuleiten. Großbritannien verpflichtete sich, ein Zentralregister mit den tatsächlichen Besitzern britischer Unternehmen einzurichten, und kündigte im Oktober 2013 an, dass die Angaben zu diesen „wirtschaftlich Berechtigten“ demnächst für alle öffentlich einsehbar sein werden – ein weltweit erstmaliger Schritt dieser Art.³

Deutschland willigte auf dem G8-Gipfel ein, in anderen Bereichen wie der Implementierung der „Extractive Industries Transparency Initiative“ angemessene Schritte einzuleiten. Im Hinblick auf die Verschleierung der Identität von Firmeninhabern konnte sich Deutschland jedoch nur zu einer Minimallösung durchringen. Die im deutschen G8-Aktionsplan genannten Schritte zur Verhinderung des Missbrauchs von Firmen werden nicht reichen, um das Problem der Scheinfirmer wirksam zu bekämpfen.

Größere Transparenz im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse von Firmen könnte der Bekämpfung der Armut einen großen Schub verleihen. Vergütungen für Öl, Bodenschätze und andere Naturressourcen werden auf absehbare Zeit die wichtigste Einkommensquelle Afrikas sein.

2010 betrug der Wert der Öl- und Erzexporte aus afrikanischen Ländern \$333 Milliarden und damit das Sechsfache des Wertes der ausgeführten Agrargüter (\$55 Milliarden) und fast das Siebenfache des Wertes der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (\$48 Milliarden).⁴

Diese riesigen Geldströme könnten eine der größten Chancen sein, viele der Ärmsten der Welt aus der Armut zu befreien. Bisher funktionierte dies jedoch nicht. Dem Entwicklungsökonom Paul Collier zufolge lebt ein Drittel der 1 Milliarde der ärmsten Menschen der Welt in rohstoffreichen Ländern. Aufgrund des schlecht funktionierenden Staatswesens und der grassierenden Korruption landen diese Gelder aber nicht immer im Staatshaushalt. Vielmehr werden viele dieser rohstoffreichen Länder von genau jenen Politikern ausgeplündert, die eigentlich mit der Entwicklung der Wirtschaft ihres Landes betraut sind.

Es sind primär Firmen, die schmutziges Geld zu verschieben. Die Weltbank untersuchte 213 große Korruptionsfälle aus den Jahren von 1980 bis 2010.⁵ In mehr als 70 % der Fälle bediente man sich anonymer Scheinfirmer. Und diese Scheinfirmer waren nicht nur auf karibischen Inseln eingetragen. Ganz oben auf der Liste standen Firmen in den USA. Es folgte Großbritannien mit seinen überseeischen Gebieten.

Untersuchungen von Global Witness haben gezeigt, wie den Bürgern der Demokratischen Republik Kongo mittels verschleierter Firmenstrukturen Milliarden von Einnahmen aus dem Verkauf der Kupfer- und Kobaltminen verloren gingen. Käufer der Minen waren auf den britischen Jungferninseln eingetragene Unternehmen. Verkauft wurden sie zu einem Bruchteil (mitunter nur dem Sechstel) ihres tatsächlichen Wertes, um dann für annähernd den tatsächlichen Marktwert an Firmen im FTSE 100-Index weiterverkauft zu werden. Auf diese Weise scheffelten einige ein Vermögen (wir wissen nicht, wer), und der Staatskasse gingen Milliardenereinnahmen verloren.⁶ Auch der Sohn des Präsidenten von Äquatorialguinea nutzte Scheinfirmer in Kalifornien, um eine 30-Millionen-Dollar-Villa in Malibu zu kaufen. Mittels einer Scheinfirma auf den britischen Jungferninseln erwarb er zudem einen Gulfstream-Jet – und das bei bescheidenem offiziellem Salär.⁷ Beide Länder – die DR Kongo und Äquatorialguinea – sind reich an Bodenschätzen, belegen im Human Development Index jedoch hintere Plätze.

Es ist denkbar einfach, Scheinfirmer und Trusts zu gründen

„Der Iran nutzte Scheinfirmer – unter anderem in Deutschland –, um die Herkunft seiner Öltanker zu verschleiern und damit die internationalen Handelssanktionen gegen das Land zu unterlaufen.“

OECD, 2001⁸

Es ist einfach und vergleichsweise günstig, komplexe Firmengeflechte zu schaffen, die sich über mehrere Länder erstrecken und die Identität des eigentlichen Besitzers verschleiern. Es gibt zwei Wege, die Identität der wirtschaftlich Beteiligten solcher Geflechte geheimzuhalten:⁹

- Indem man eine oder mehrere der Firmen in einem Land einträgt, in dem Angaben zu den Anteilseignern, wirtschaftlich Berechtigten bzw. Geschäftsführern unter Verschluss gehalten werden.

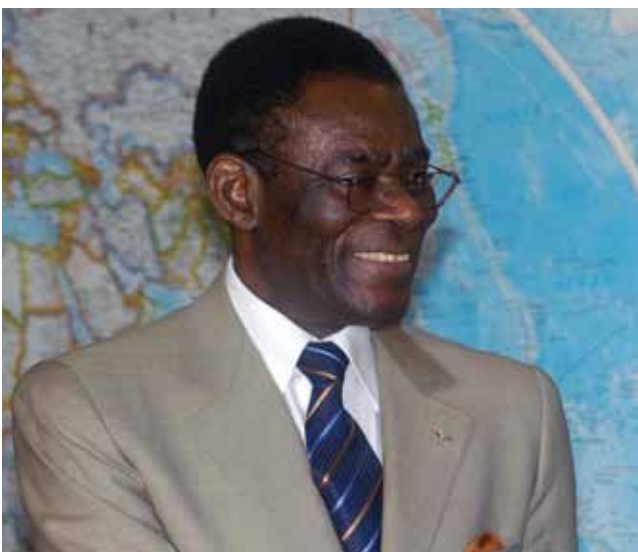


Photo: Fabio Rodrigues Pozzebom / ABr

Präsident Obiang von Äquatorialguinea: Sein Sohn nutzte Scheinfirmer in Kalifornien, um eine 30-Millionen-Dollar-Villa in Malibu zu kaufen, und eine Scheinfirma auf den Jungferninseln für den Kauf eines Gulfstream-Jets – und das bei bescheidenem offiziellem Salär.

- Indem man sich ‚Strohmannen‘ bedient. Strohmannen sind Leute, die nach außen als Inhaber oder Geschäftsführer von Firmen agieren. In den meisten Ländern ist dies legal, und in der Regel ist es gesetzlich nicht vorgeschrieben, darauf zu verweisen, dass die aufgeführten Personen lediglich Strohmannen sind.

WAS IST EIN ‚WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTER‘?

Ein ‚wirtschaftlich Berechtigter‘ ist eine natürliche Person, also im Gegensatz zu einer juristischen Person ein realer Mensch, der direkt oder indirekt eine erhebliche Kontrolle über die Firma ausübt oder erhebliche wirtschaftliche Vorteile durch sie erlangt.

Die Financial Action Task Force (FATF) ist ein länderübergreifendes Gremium, das in Form von Empfehlungen, die die Mitgliedsländer akzeptieren müssen, die internationalen Standards zur Verhinderung von Geldwäsche festlegt. Sie schreiben vor, dass gegenüber den entsprechenden Behörden adäquat, präzise und zeitnah die Identität der tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten eines Unternehmens offengelegt werden muss.¹⁰ Zur Umsetzung dieser Vorgabe verpflichten die Länder in der Regel die beteiligten Banken bzw. Rechtsanwälte und Company Service Provider, die Identität der wirtschaftlichen Berechtigten von Unternehmenskunden zu ermitteln. In der Praxis funktioniert dies jedoch nicht. Und das hat folgende Gründe:

- **In vielen Ländern sind Company Service Provider nur zu bereit, Gesetze zu umgehen.** Im Rahmen verdeckter Testanfragen wurde geprüft, wie einfach es ist, die FATF-Regeln zur Gewährleistung der Offenlegung von Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten zu umgehen. Dazu erhielten mehr als 3000 Company Service Provider eine E-Mail, um zu sehen, ob sie eine Firma eintragen lassen würden, ohne deren wirtschaftlich Berechtigten zu kennen. Alarmierende 48 % der Dienstleister, die auf die E-Mail antworteten, hatten damit kein Problem. Anders als erwartet waren Company Service Provider in reichen OECD-Ländern eher als Dienstleister in Steuerparadiesen wie den Seychellen bereit, ein anonymes Unternehmen anzumelden.

Scheinfirmen werden auch für andere kriminelle Zwecke genutzt

Korruption in Industrieländern

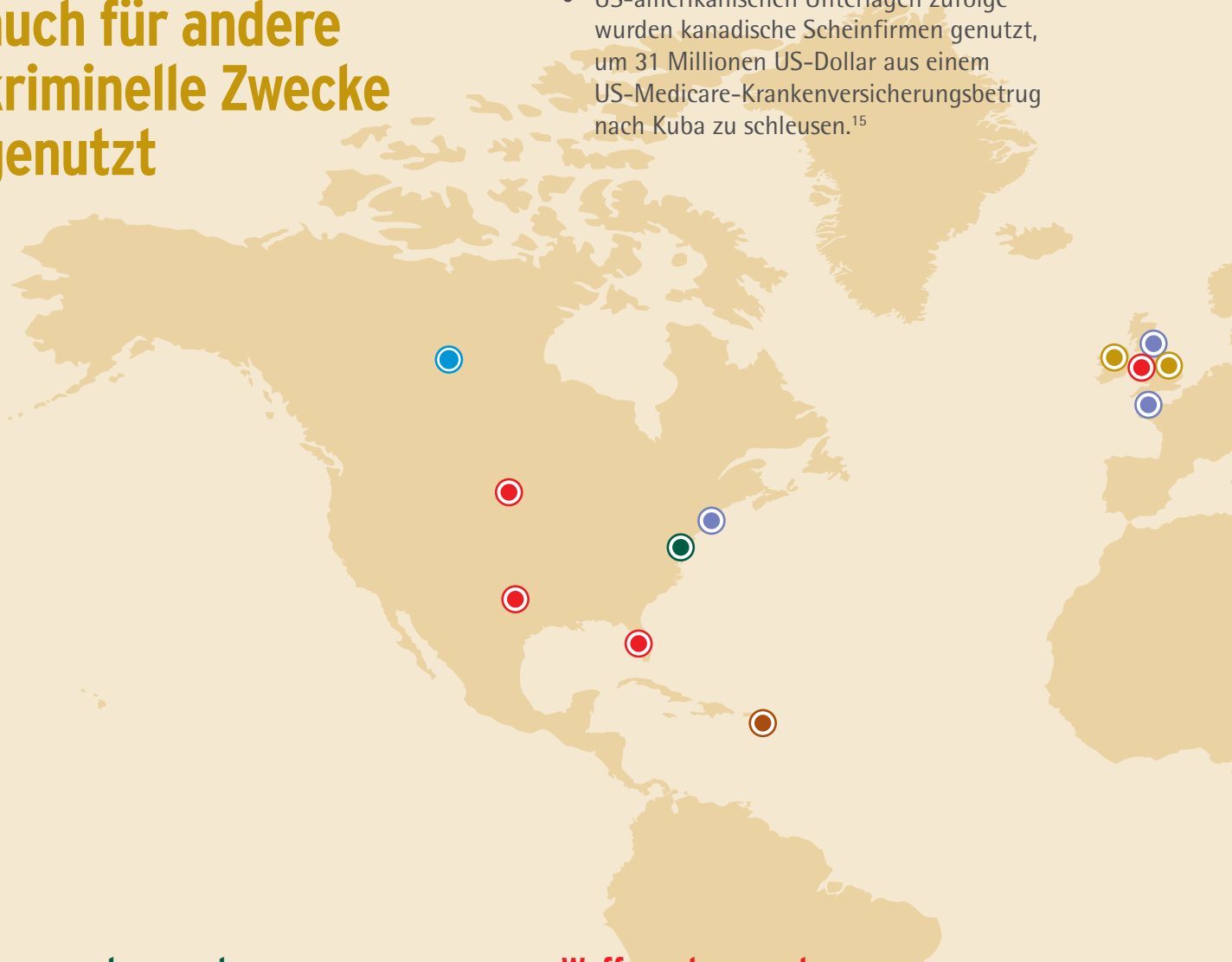
- US-amerikanischen Unterlagen zufolge wurden kanadische Scheinfirmen genutzt, um 31 Millionen US-Dollar aus einem US-Medicare-Krankenversicherungsbetrug nach Kuba zu schleusen.¹⁵

Drogenschmuggel

- Ein serbischer Drogenbaron und sein Bruder werden beschuldigt, mit Hilfe von in Delaware eingetragenen Firmen Geld aus dem Kokainhandel gewaschen zu haben.¹³
- Ein in Italien operierender Drogenhändlerring wusch mit Hilfe von Scheinfirmen in Italien, den USA und anderen Ländern Millionen von Dollar.¹⁴

Waffenschmuggel

- Der berühmt-berüchtigte Waffenhändler Viktor Bout nutzte ein globales Firmengeflecht, darunter Firmen, die in den US-Staaten Delaware, Florida und Texas eingetragen waren, um den Schmuggel von Waffen zu verschleiern, die Konflikte in Afrika und andernorts anheizten.
- Laut UN erhielten britische Scheinfirmen, die unter anderem Hubschrauberteile nach Syrien, militärische Ausrüstung in das von Gaddafi beherrschte Libyen und Atomtechnik nach Litauen lieferten, ukrainische Waffenausfuhrgenehmigungen.¹⁶
- Slobodan Milosevic bediente sich eines Geflechts aus tausenden zyprischen Firmen, um Waffen für den Krieg gegen Bosnien und den Kosovo zu beschaffen.¹⁷
- Der verurteilte Waffenhändler Pierre Falcone nutzte eine in den USA eingetragene Scheinfirma, um Millionen von Dollar aus suspekten Geschäften in die USA zu schleusen.¹⁸



Mafia

- Mafia-Clans wie die Cosa Nostra und die Camorra nutzen italienische und andere Scheinfirmer, um große Geldsummen zu waschen.¹⁹
- Die italienische Mafia bediente sich italienischer Firmen, um die Europäische Union um Millionen von Euro zu betrügen, die als Wirtschaftsförderung für die rückständigsten Regionen Europas vorgesehen waren.²⁰

Umgehung von Sanktionen

- Ein Wolkenkratzer in der 5th Avenue in Manhattan befand sich zum Teil in Besitz des Irans. Die iranischen Anteile am Gebäude wurden über Firmen in New York und auf den Kanalinseln verschleiert.²⁴
- Ukrainische Waffenhändler stehen im Verdacht, dem diktatorisch regierten Eritrea mittels einer britischen Firma Wartungsleistungen und Teile für Kampffjets geliefert zu haben. Das ist ein klarer Bruch des UN-Waffenembargos gegen Eritrea.²⁵
- Eine britische Scheinfirma wurde beschuldigt, ein Schiff gechartert zu haben, mit dem Waffen von der Ukraine in den Südsudan verschifft wurden, um das damals geltende UN-Waffenembargo zu unterlaufen.²⁶
- Der Iran nutzte Scheinfirmer – unter anderem in Deutschland, auf Malta und auf Zypern –, um die Herkunft seiner Öltanker zu verschleiern und damit die internationalen Handelssanktionen gegen das Land zu unterlaufen.²⁷

Bestechung

- Die russische Daimler-Tochter nutzte auf Zypern, in Irland und in Großbritannien eingetragene Firmen, um russische Beamte zu schmieren.²¹
- Die britische Waffenschmiede BAE Systems zahlte eine Strafe in Höhe von 400 Mio. Dollar wegen Bestechung saudischer Beamter. Mit dem Schmiergeld wollte man sich die Genehmigung umfangreicher Rüstungsdeals erkaufen. Zur Auszahlung des Geldes bediente man sich u. a. in Großbritannien ansässiger Scheinfirmer.²²
- Das organisierte Verbrechen in Russland nutzte zyprische Scheinfirmer, um Millionen von Euro zu waschen, die bei der Privatisierung staatlicher Betriebe abgezweigt wurden.²³

Verbindungen zu despotischen Regimes

- 2008 übernahm die Armee Simbabwe im Auftrag der Landesregierung die Kontrolle über die Diamantfelder von Marange. Dabei kamen Truppen und Kampfhubschrauber zum Einsatz und es wurden viele kleine Diamantenschürfer verwundet und verletzt. Anschließend vergab das Land unter fragwürdigen Umständen Schürfrechte an verschiedene Firmen. Mbada Diamonds, das zum Teil über Firmen kontrolliert wird, die auf den Jungferninseln und Mauritius eingetragen sind, ist eine dieser Firmen. Geführt wird sie von einem Mann, der Berichten zufolge früher den Hubschrauber von Präsident Mugabe flog.²⁸

- Viele der größten Wirtschaftsnationen der Welt gehen nicht konsequent genug gegen den Missbrauch von Scheinfirmer durch Geldwäscher vor. Die FATF prüft, wie umfassend die einzelnen Länder ihre Empfehlungen umsetzen. Sechs der acht G8-Länder werden als ‚nicht konform‘ oder nur ‚teilweise konform‘ mit den Empfehlungen im Hinblick auf die Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten eingestuft. Deutschland hat gegenwärtig den Status ‚nicht konform‘. Die FATF merkt dazu an, dass es in Deutschland „keine Instrumente gibt, die in allen Fällen den Zugang zu Informationen über die Kontrolle und die wirtschaftliche Berechtigung von Rechtskonstrukten sicherstellen. Eine Ausnahme bilden lediglich die börsennotierten Gesellschaften.“¹¹ Analog dazu werden 18 der 27 EU-Mitgliedstaaten als ‚nicht konform‘ oder nur ‚teilweise konform‘ mit den Empfehlungen eingestuft.¹²
- Viele Länder schreiben es Banken, Anwälten und Company Service Providern nicht zwingend vor, die Identität der wirtschaftlich Berechtigten aller Unternehmenskunden zu ermitteln. So sind Banken in den USA beispielsweise nicht verpflichtet, die wirtschaftlich Berechtigten aller betreuten

„Die fehlenden Daten sind der wichtigste Grund, warum ganz viele Ermittlungen wegen Geldwäsche- und Steuerstraftaten scheitern. Rechtshilfegesuche sind fast immer zu langsam oder ganz erfolglos. Um die Geldwäsche zu bekämpfen ist die Pflichtangabe über die tatsächlichen Eigentümer daher der wichtigste Punkt.“

Sebastian Fiedler, Vize-Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter

Unternehmen zu ermitteln. Anwälte und Company Service Provider müssen die tatsächliche Identität ihrer Kunden gar nicht ermitteln.

Die Nutzung eines gefälschten Personalausweises wird mit mehreren Jahren Freiheitsentzug geahndet. Für ein Unternehmen kann man jedoch mit vergleichsweise wenig Geld eine falsche Identität erzeugen und sich dann hinter dieser verstecken.



Viktor Bout, ein rechtskräftig verurteilter Waffenhändler, nutzte Scheinfirmer in den USA zur Verschleierung seiner Waffengeschäfte.

| | Kosten für die Wirtschaft | Kosten für den Staat |
|-----------------------------|---------------------------|----------------------|
| Einmalige Umstellungskosten | £24,24 Millionen | £500,000 |
| Laufende Kosten pro Jahr | £4,11 Millionen | £10,76 Millionen |

Tabelle 1: Die Kosten für die Erfassung der wirtschaftlich Berechtigten in einem öffentlichen Register bei Umstellung in Großbritannien.

Wie sich der Missbrauch von Scheinfirmer stoppen lässt

Firmer müssen verpflichtet werden, Angaben zu ihren wirtschaftlich Berechtigten allgemein zugänglich zu machen – und zwar kostenfrei und in einem offenen Datenformat. Am einfachsten wäre dies unter Rückgriff auf die bestehenden Handelsregister – auf Landes- oder regionaler Ebene – zu bewerkstelligen. In Deutschland wäre dies das Unternehmensregister. Auch die Namen der Menschen, die sich hinter Trusts und Stiftungen verbergen, müssen für die Öffentlichkeit einsehbar sein. Im Juli 2013 startete die britische Regierung Gespräche zur Frage der Einrichtung eines öffentlichen Registers.

Die Namen der wirtschaftlich Berechtigten von Firmen müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein! Es genügt nicht, dass lediglich die Polizei oder andere Strafverfolgungsbehörden Zugriff auf diese Daten haben. Das sperrige, teure und zeitintensive Instrument der Rechtshilfeersuchen erschwert es nämlich erheblich, von anderen Ländern vollständige Daten zu erhalten. Das gilt insbesondere für Entwicklungsländer, die dafür nur sehr limitierte Kapazitäten haben. Sind die Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten öffentlich einsehbar, können auch Bürger, Journalisten und die Zivilgesellschaft von Firmen (und ihren Besitzern) Rechenschaft für ihre Handlungen fordern. Wirtschaftsvereine wie die Europäische Bankenvereinigung (EBV) und Unternehmerverbände wie das britische Institute of Directors unterstützen die Schaffung solcher offenen Register. In Deutschland wird diese Forderung vom Deutschen Bankenverband und vom Bund Deutscher Kriminalbeamter unterstützt.²⁹

Die Umsetzung einer gesetzlichen Vorgabe, dass die Namen der wirtschaftlich Berechtigten von Firmen öffentlich zugänglich sein müssen, wäre nicht einmal teuer. Es gab zwei Kosten-Nutzen-Analysen, in denen die Kosten eines solchen Registers analysiert wurden: eine 2002³⁰ in Großbritannien und eine 2007 von der Europäischen Kommission durchgeführte Analyse.³¹ In beiden Fällen kam man zu dem Schluss, dass öffentliche Unternehmensregister kostengünstiger als das gegenwärtige System sind. Für Großbritannien schätzte man, dass die Erfassung von Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten in einem durchsuchbaren und ständig aktualisierten Register 2,8 Mio. £ für die Einrichtung und 8,2 Mio. £ jährlich für die Unterhaltung kosten würde.³² Die Vorteile würden laut Analyse ganz klar die Kosten überwiegen. Für die polizeiliche Ermittlungsarbeit würden sich Einsparungen in Höhe von geschätzten 30,3 Mio. £ pro Jahr ergeben.³³ Global Witness beauftragte dieselben Berater, von denen die Kosten-Nutzen-Analyse aus dem Jahr 2002 stammt, die Kostenangaben auf den neuesten Stand zu bringen. Ihre Ergebnisse (siehe nachstehende Tabelle) zeigen, dass die Erfassung der wirtschaftlich Berechtigten von Firmen in einem öffentlichen Register vergleichsweise billig käme. Den kompletten Bericht finden Sie auf der Website von Global Witness.³⁴

Die Umsetzung einer gesetzlichen Vorgabe, dass die wirtschaftlich Berechtigten von Firmen öffentlich gemacht werden, würde keinen großen bürokratischen Aufwand erfordern. Für Großbritannien, wo anonyme Firmen viel verbreiteter als in Deutschland sind, schätzt man, dass bei 1 % aller Firmen die wirtschaftlich Berechtigten nicht identisch mit den Eigentümern oder Anteilseignern sind. Mit anderen Worten: Bei 99 % aller Firmen lässt sich äußerst einfach ermitteln, wer der wirtschaftlich Berechtigte ist.³⁵ In Deutschland dürften dies noch weniger Firmen sein. Das würde heißen, dass auf den deutschen Mittelstand ein vernachlässigbarer Zusatzaufwand zukäme.

PROBLEM NR. 2

Banken sind nur zu bereit, mit Scheinfirmen Geschäfte zu machen

Konservativen Schätzungen zufolge wurden im Verlauf des letzten Jahrzehnts mehr als 450 Milliarden Dollar illegal aus afrikanischen Ländern geschleust. Geldströme dieses Umfangs können nicht ohne die Mithilfe von Banken und anderen Dienstleistern (wie Immobilienmaklern und Anwälten) fließen – häufig unter Rückgriff auf Scheinfirmen zur Verschleierung des Zwecks der Transaktionen. Wie sagte doch Paul Collier: Bestechung funktioniert nur, wenn drei Seiten mitspielen: der Bestochene, die bestechende Firma – und derjenige, der die benötigte Infrastruktur stellt.³⁶

Es gibt genug Banken, die bereit sind, mit dem Vermögen reicher, zwielichtiger Kunden viel Geld zu verdienen. Und trotz relativ strenger Anti-Geldwäsche-Gesetze sind die Risiken, die mit der Verwaltung schmutziger Vermögen einhergehen, ziemlich gering. Man kommt den Banken selten auf die Schliche; falls doch, sind die verhängten Bußgelder nur Peanuts: Dem Außenstehenden mögen die Summen groß erscheinen, für die Banken sind sie aber nur ein Bruchteil der erzielten Gewinne. Zudem ist die persönliche Haftung des einzelnen Bankangestellten äußerst begrenzt.

„Wer in leitender Position für eine große internationale Bank arbeitet, wird strafrechtlich nicht belangt, auch wenn er neun Milliarden Dollar gewaschen hat. Selbst wenn bekannt wird, dass er aktiv mit den Großen des internationalen Drogenhandels gekungelt hat, erhält er eine viel mildere Strafe als der kleine Dealer oder Konsument.“

Matt Taibbi zum HSBC-Urteil³⁷

Der nicht lang zurückliegende HSBC-Fall belegt dies eindrücklich. 2012 willigte die Bank ein, die von den US-Behörden verhängte Rekordsumme von \$1,9 Mrd. zu bezahlen, nachdem man systematische Verstöße gegen Geldwäschegesetze eingestanden hatte – darunter das Waschen von mindestens hundert Millionen von Dollar für Drogenkartelle, Terroristen und Schurkenstaaten. Der Ausschuss des US-Senats, der die Untersuchungen durchführte, die letztlich zur Aufdeckung dieser Machenschaften führten, beschrieb die bei HSBC herrschende Kultur als „durch und durch versaut“.³⁸ Während dieser Zeit starben im mexikanischen Drogenkrieg 47.000 Menschen.

Die Probleme der HSBC lassen sich nicht auf einige Momente des getrübteten Urteilsvermögens kleiner Compliance-Verantwortlicher schieben. Die Führungsspitze der Bank wurde im Verlauf von zehn Jahren wiederholt von den Aufsichtsbehörden gerügt, versäumte es aber, im eigenen Haus aufzuräumen. Das von der HSBC zu zahlende Bußgeld in Höhe von \$1,9 Milliarden ist das höchste Bußgeld, das je gegen eine Bank verhängt wurde. Dennoch entspricht es lediglich 8,5 % des Vorsteuergewinns der Bank in 2012.³⁹ Die von Standard Chartered, ING, Credit Suisse und anderen Großbanken für Verstöße gegen US-Sanktionen in den vergangenen Jahren gezahlten Bußgelder weisen ein ähnliches Muster auf – stets lagen sie bei weniger als 10 % des Vorsteuergewinns eines Jahres.

Dazu kommt noch, dass die Geldbußen nicht die verantwortlichen Banker, sondern letztlich die Aktionäre treffen – in Form kleinerer Dividenden oder geringerer Investitionen in das Bankgeschäft. Ein klassischer Fall von „die Bank gewinnt immer“: Die Banker verdienen weiterhin gut an ihren Boni und die Aktionäre verlieren, wenn die Bank eine Geldstrafe zahlen muss. Strafen, die die falschen Leute treffen, werden keinen Gesinnungswandel der Banken einleiten.

Jüngsten Untersuchungen zufolge sind die Banken nur zu bereit, bei Schwarzgeld ein Auge zuzudrücken und die Frage der wirtschaftlich Berechtigten ihrer Kunden eher nachlässig zu handhaben. 2011 führte die britische Financial Services Authority (jetzt die Financial Conduct Authority) eine Umfrage unter 27 britischen Banken durch, darunter sämtlichen Großbanken, um zu ermitteln, wie es um die Umsetzung der Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche bestellt sei. Drei Viertel der Banken, darunter auch die meisten Großbanken, hatten keine ausreichenden Vorkehrungen zur

Erkennung von Geld zweifelhafter Herkunft getroffen. Zudem schenkte es sich ein Fünftel der Banken, indirekte wirtschaftlich Berechtigte zu ermitteln, die Kontrolle über den eigentlichen Kunden ausüben.

Dasselbe gilt auch für deutsche Banken. Auch hier reichten die Maßnahmen gegen Finanzkriminalität nicht aus. Laut Reuters untersucht die BaFin gerade, ob die Deutsche Bank die bestehenden Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche verbessern muss.

Innerhalb von Banken wird Compliance häufig als bloßer Kostenfaktor gesehen. Compliance-Verantwortliche äußerten gegenüber Global Witness, dass sie häufig das Gefühl haben, über zu wenig Macht zu verfügen, um die Entscheidungen der Geschäftsbereiche in Frage stellen zu dürfen. In den meisten Banken ist es nicht der Compliance-Verantwortliche, sondern der Relationship Manager (die Person, die für den Abschluss von Geschäften verantwortlich ist), der bei der Entscheidung für oder gegen einen potentiellen Kunden das letzte Wort hat. Das Ungleichgewicht zwischen diesen beiden Posten muss unbedingt verschwinden, damit die Compliance einen höheren Stellenwert erhält. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Banken ihrer Pflicht genügen, die Einhaltung von Geldwäschevorschriften nicht einem höheren Gewinn zu opfern.

Eine weitere hohe Hürde für ein gesetzestreu und ethisches Verhalten der Bankenindustrie ist die Art und Weise der Vergütung der Banker. Gegenwärtig hängt die Höhe ihrer Vergütung fast ausschließlich davon ab, wie viel Geld sie für ihren Arbeitgeber machen. Ob ihr Verhalten im Einklang mit geltenden Gesetzen und Vorschriften steht bzw. den langfristigen Interessen aller Kunden dient, ist dabei zweitrangig

Wie man verhindert, dass Banken Geld von korrupten Politikern akzeptieren

Am besten lässt sich mit wirksameren Abschreckungsmaßnahmen verhindern, dass Banken Beihilfe zur Geldwäsche leisten. Leitende Angestellte von Banken müssen persönlich haftbar

für die Handlungen ihrer Institute gemacht werden, Bußgelder dürfen keine Peanuts sein und Aufsichtsbehörden müssen die bestehenden Vorschriften, die die Annahme von Schwarzgeld unter Strafe stellen, konsequent durchsetzen.

Die Minimalforderung lautet, dass die Aufsichtsräte ausdrücklich verantwortlich für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht ihrer Bank im Hinblick auf Geldwäsche sind. Zudem müssen die Banken die Vergütung ihrer Angestellten daran knüpfen, wie „gesetzes- und regelkonform“ eine Bank ist: Die Boni der Top-Banker müssen zurückgefordert werden, wenn die Bank Beihilfe zur Geldwäsche geleistet hat. Und hochrangige Angestellte, die sich derartiger Compliance-Verstöße schuldig gemacht haben, dürfen nicht mehr im Bankenwesen arbeiten. In den krassesten Fällen müssen sie angeklagt werden und bei Verurteilung ins Gefängnis wandern.

Geldstrafen für Banken müssen so erhöht werden, dass sie wirklich schmerzen. Die Basis für die Berechnung von Bußgeldern muss überarbeitet werden, um dafür zu sorgen, dass es zukünftig im finanziellen Interesse der Banken liegt, die Gesetze zur Geldwäsche zu befolgen. Ausgangspunkt der Überlegungen muss sein, dass eine Bank, die gravierend gegen die Vorschriften verstoßen hat, sämtlichen Umsatz verlieren muss, der mit der illegalen Aktivität erwirtschaftet wurde, und zur Abschreckung zusätzlich eine Geldstrafe zu zahlen hat.

Die Aufsichtsbehörden sind aufgefordert, die bestehenden Vorschriften konsequenter durchzusetzen. Dazu sollten zunächst verdeckte Testanfragen durchgeführt werden, um zu ermitteln, wie gut die Compliance-Systeme der Banken in der Praxis funktionieren. Es reicht nicht, sich nur die Richtlinien eines Geldhauses anzuschauen. Die Länder müssen dem Beispiel der FSA folgen und im Rahmen von Prüfungen ermitteln, wie es bei den eigenen Banken um die Kontrolle des Geldwäscherisikos bestellt ist und ob diese die realen Nutznießer hinter Scheinfirmer ermitteln.

Eine weitere Maßnahme, mit der sich verhindern lässt, dass Banken Schwarzgeld annehmen, ist die Verschärfung der Prüfpflichten bei Risikokunden. Banken müssen zur jährlichen Überprüfung ihrer Geschäfte mit politisch exponierten Personen (PEPs) verpflichtet werden: Das sind Amtsträger, die durch ihr Amt die Möglichkeit haben, Gelder

der öffentlichen Hand zu unterschlagen oder Bestechungsgelder anzunehmen, einschließlich ihrer Familienmitglieder und engen Verwandten. Für PEPs mit hohem Risikofaktor muss die Beweislastumkehr gelten. Sie müssen nachweisen, dass ihr Geld aus legalen Quellen stammt. Bisher reicht den Banken eine plausible Erklärung für den Reichtum ihrer Kunden. Gegenwärtig dürfen die Banken das Geld annehmen, wenn sie eine einigermaßen plausible Erklärung für die Herkunft der Gelder finden (z. B. ungeprüfte Behauptungen über ein größeres Erbe).

Die Financial Action Task Force muss ihre neue Fokussierung auf die Frage, ob Länder ihre Standards wirksam umsetzen, dazu nutzen, um Druck auf Länder auszuüben, die nicht entschieden genug gegen Geldwäsche und Korruption vorgehen. Eine der Möglichkeiten, den Ball in dieser Sache am Laufen zu halten, wäre die Ergänzung gegenseitiger Evaluierungen, die häufig hunderte von Seiten umfassen, um eine Zusammenfassung mit nach Priorität geordneten Verbesserungsvorschlägen.



Photo: Todd Wickersty / CC

In G8-Ländern wie den USA und Großbritannien kann es einfacher als in traditionellen ‚Steuerparadiesen‘ wie den Cayman Islands sein, Scheinfirmer zu gründen.

Conclusion

„Mangelndes Wissen darüber, wer Unternehmen letztlich besitzt, kontrolliert und von ihnen profitiert, mündet in aggressiver Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Das schmälert das Steueraufkommen von Staaten und fördert die Korruption. Daher müssen die G8 und die EU gemeinsam darauf hinarbeiten, im Hinblick auf die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen uneingeschränkte Transparenz zu schaffen.“

Premierminister David Cameron, April 2013⁴⁰

Es wächst das Bewusstsein, dass mangelnde Transparenz im Hinblick darauf, wer Firmen, Trusts und Gesellschaften anderer Art besitzt und kontrolliert, Korruption und Steuerhinterziehung fördert. Parallel dazu werden die Bemühungen intensiviert, diese Transparenz zu erhöhen. Insbesondere der britische Premier erklärte, er hoffe, sich im Rahmen der G8-Präsidentschaft des Landes für dieses Anliegen einsetzen zu können. Die US-Regierung verpflichtete sich, im Hinblick auf die wirtschaftlich Berechtigten von US-Unternehmen für größere Transparenz zu sorgen – im Rahmen der Verpflichtungen gegenüber der Open Government Partnership (OGP) und ab 2016 im Rahmen der Extractive Industries Transparency Initiative, die sich um Förderrechte bewerbende rohstofffördernde Unternehmen verpflichtet, die Namen ihrer wirtschaftlich Berechtigten anzugeben. Hier ist sofortiges Handeln geboten.

Empfehlungen

Wie sich der Missbrauch von Scheinfirmer stoppen lässt

- Firmen, Trusts und Stiftungen müssen verpflichtet werden, Angaben zu ihren wirtschaftlich Berechtigten allgemein zugänglich zu machen – und zwar kostenlos und in einem offenen Datenformat.

Wie man verhindert, dass Banken Geld von korrupten Politikern annehmen

- Leitende Angestellte von Banken müssen persönlich für die Handlungen ihrer Institute haftbar gemacht werden. Das schließt Folgendes ein:
 - Ein Aufsichtsratsmitglied muss für die Einhaltung der Geldwäschegesetze durch die Bank zuständig sein.
 - Wenn höhere Bankangestellte Gesetze gebrochen haben, dürfen sie nicht mehr in der Finanzwirtschaft arbeiten.

- Die Vergütung von Bankern muss daran geknüpft werden, wie ‚regel- und gesetzeskonform‘ eine Bank ist; Boni sind zurückzufordern, wenn die Bank erwiesenermaßen Beihilfe zur Geldwäsche geleistet hat.
- Leitende Bankangestellte müssen in krassen Fällen ins Gefängnis wandern.
- Die Strafen für Banken, die gesetzwidrig handeln, müssen erhöht werden. Ausgangspunkt der Überlegungen muss sein, dass eine Bank, die gravierend gegen die Vorschriften verstoßen hat, sämtlichen Umsatz verlieren muss, der mit der illegalen Aktivität erwirtschaftet wurde, und zur Abschreckung zusätzlich eine Geldstrafe zu zahlen hat.
- Aufsichtsbehörden müssen Testkäufe/-anfragen und Stichprobenkontrollen durchführen.
- Für Kunden mit hohem Risikofaktor muss die Beweislastumkehr gelten. Sie müssen nachweisen, dass ihr Geld aus legalen Quellen stammt. Bisher reicht den Banken eine einigermaßen plausible Erklärung für den Reichtum ihrer Kunden.
- Die Financial Action Task Force muss Druck auf Länder ausüben, die nicht entschieden genug gegen Geldwäsche und Korruption vorgehen.



Vertreter der HSBC in der Anhörung vor dem US-Senat, in der es um die systematischen Verstöße der Bank gegen die Geldwäschegesetze ging. Leitende Angestellte aller Banken müssen für die Handlungen ihrer Geldhäuser zur Rechenschaft gezogen werden können.

Endnotes

- 1 Prospect magazine, 'In pursuit of the \$21 trillion', 27 March 2013
- 2 World Bank, Overview of anticorruption work, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTPUBLICSECTORANDGOVERNANCE/EXTANTICORRUPTION/0,,contentMDK:21540659~menuPK:384461~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:384455,00.html>
- 3 Grundsätze des G8-Aktionsplans zur Verhinderung des Missbrauchs von Firmen und Rechtsträgern', 18. Juni 2013. 'G8-Aktionsplan zur Verhinderung des Missbrauchs von Firmen und Rechtsträgern', 18. Juni 2013. Rede von David Cameron auf dem Gipfel der Open Government Partnership, London, 31. Oktober 2013, <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-speech-at-open-government-partnership-2013>
- 4 WTO, 2011, 'International Trade Statistics, Merchandise trade by product' http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2011_e/its11_merch_trade_product_e.htm, OECD, 2011, 'Development at a Glance. ODA to Africa', p2 <http://www.oecd.org/dataoecd/40/27/42139250.pdf>
- 5 Stolen Asset Recovery Initiative, *Puppet masters: how the corrupt use legal structures to hide stolen assets and what to do about it*, 2011
- 6 Berichte von Global Witness und Pressemitteilungen, siehe
- 7 Permanent Subcommittee on Investigations, *United States Senate, Keeping Foreign Corruption out of the United States: Four Case Histories*, 2010
- 8 New York Times, 'Web of shell companies veils trade by Iran's ships', 7 June 2010 and New York Times, 'Companies linked to IRISL', 7 June 2010
- 9 Eine kurze, parodierende Beschreibung der Möglichkeiten, die sich Kriminellen bieten, ihre Identität hinter einer Firma zu verbergen, findet sich im Global Witness-Infoblatt „Ein Geldwäsche-Leitfaden für den Laien“, abrufbar auf www.globalwitness.org
- 10 The Financial Action Task Force, *40 Recommendations*, February 2012, recommendation 12.
- 11 Die USA, Deutschland, Kanada und Japan werden als nicht konform eingestuft; Großbritannien und Russland sind teilweise konform. Siehe dazu die FATF-Berichte zur gegenseitigen Evaluierung: www.fatf-gafi.org.
- 12 Deutschland, Griechenland, Lettland sind teilweise konform. Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien und Schweden sind teilweise konform.
- 13 Organized Crime and Corruption Reporting Project, "Brother of Drug Lord Charged with Money Laundering," available at <https://reportingproject.net/occrp/index.php/en/ccwatch/cc-watch-indepth/1350-brother-of-drug-lord-ari-charged-with-money-laundering>.
- 14 U.S. State Department, '2009 INCSR: Country Reports – Honduras through Mexico' <http://www.state.gov/j/inl/rls/nrcrpt/2009/vol1/116522.htm>.
- 15 Miami Herald, 'Feds: Medicare millions moved to Cuba through Canada, Trinidad and Mexico', 5 November 2012.
- 16 Business News Europe, *Ukraine defence exporters under fire for UN arms embargo breach*, 18 July 2012, http://www.bne.eu/storyf3813/Ukraine_defence_exporters_under_fire_for_UN_arms_embargo_breach, quoting a list provided by Ukrainian diplomats to the UK's arms export licenses parliamentary committee
- 17 Financial Times, 'Cyprus risks being a laundering haven', 26 July 2007
- 18 PSI Committee, *Keeping Foreign Corruption out of the United States*
- 19 Laut Berichten der Direzione Investigativa Antimafia (Kriminalamt zur Bekämpfung der Mafia) des italienischen Innenministeriums ergaben Untersuchungen von Geldwäscheaktivitäten Ende der 1990er, dass die Cosa Nostra und die Camorra riesige Geldmengen über italienische und internationale Scheinfirmen schleuste. Italienisches Innenministerium, Direzione Investigativa Antimafia, Assessment of the Institutional Activity Period 1992-2004, abrufbar unter http://www1.interno.gov.it/dip_ps/dia/eng/crono.htm
- 20 BBC Radio 4, File on Four, 'Fears over 'widespread' EU fraud involving the Mafia', 30 November 2010, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-11848048> and BBC, 'Italy makes 'record' Mafia asset seizure', 14 September 2010
- 21 World Bank and UNODC Stolen Asset Recovery Initiative, *Puppet masters: how the corrupt use legal structures to hide stolen assets and what to do about it*, 2011, p1. Daimler's Russian subsidiary pleaded guilty to bribery under the US Foreign Corrupt Practices Act.
- 22 Jason Sharman, *The Money Laundry: Regulating Criminal Finance in the Global Economy*, 2011, p76
- 23 Financial Times, 'Cyprus risks being a laundering haven', 26 July 2007
- 24 Time Magazine, 'Why US law helps shield global criminality', 2 Feb 2010
- 25 Business News Europe, 'Ukraine defence exporters under fire for UN arms embargo breach', 18 July 2012, http://www.bne.eu/storyf3813/Ukraine_defence_exporters_under_fire_for_UN_arms_embargo_breach
- 26 BBC Radio 4, transcript of File on Four, *Arms sanctions*, 13 July 2010
- 27 New York Times, 'Web of shell companies veils trade by Iran's ships', 7 June 2010 and New York Times, 'Companies linked to IRISL', 7 June 2010
- 28 Global Witness, *Diamonds: A good deal for Zimbabwe?*, February 2012 <http://www.globalwitness.org/library/diamonds-good-deal-zimbabwe>
- 29 Siehe Meinungskommentar des Chefs des IoD: Simon Walker, 'Government has "antienterprise undercurrent"', The Telegraph, 15. August 2013. <http://www.telegraph.co.uk/finance/yourbusiness/10246151/Government-has-anti-enterpriseundercurrent.html>. EBF Position on the EC Proposal for a 4th EU AML Directive', 22. April 2013. <http://www.ebf-fbe.eu/>. Harald Schumann, 'Schonzeit für das Paradies', Der Tagesspiegel, 29. September 2013

- 30 HM Treasury/DTI, *Regulatory impact analysis, Disclosure of beneficial ownership of unlisted companies*, July 2002, http://www.hm-treasury.gov.uk/d/ownership_long.pdf
- 31 European Commission, *Cost benefit analysis of transparency requirements in the company/corporate field and banking sector relevant for the fight against money laundering and other financial crime*, 27 February 2007 http://transcrime.cs.unitn.it/tc/fso/pubblicazioni/AP/CBA-Study_Final_Report_revised_version.pdf
- 32 HM Treasury/DTI, *Regulatory impact analysis*
- 33 HM Treasury/DTI, *Regulatory impact analysis*
- 34 John Howell und Co Ltd, 'Costs of beneficial ownership declarations', April 2013. Abrufbar unter www.globalwitness.org/howell. Folgende Kosten entstehen: Firmen erfassen die Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten intern: £14,08 Mio. als Anfangsinvestition und dann £266.500 jährlich; Firmen melden ihre wirtschaftlich Berechtigten erstmalig nach Einführung des neuen Systems im Rahmen ihrer Jahresbilanz dem „Companies House“ (Britisches Unternehmensregister) : £10,06 Mio.; Änderungen an der Software des Companies House: £0,5 Mio.; laufende Kosten für das Melden geänderter Daten: £4,11 Mio.; laufende Kosten für das Companies House: £10,76 Mio.
- 35 HM Treasury/DTI, *Regulatory impact analysis*. This was based on data from Companies House and credit reference agencies.
- 36 Globe and Mail, 'Through the G8, Canada can help Africa fight corruption', 20 April 2013
- 37 Rolling Stone, 'Outrageous HSBC settlement proves the drug war is a joke', 13 December 2012
- 38 Permanent Subcommittee on Investigations, United States Senate, *US vulnerabilities to money laundering, drugs and terrorist financing: HSBC case history*, July 2012.
- 39 Thomson Reuters blog, 'Biggest bank fines', <http://blog.thomsonreuters.com/index.php/biggest-bank-fines-graphic-of-the-day/>
- 40 Letter from David Cameron to Herman Van Rompuy, 24 April 2013 <https://www.gov.uk/government/news/pm-letter-to-the-eu-on-tax-evasion>

Global Witness ist eine in
Großbritannien ansässige
Nichtregierungsorganisation und
untersucht weltweit die Rolle von
Rohstoffen und Bodenschätzen
in Bezug zur Finanzierung von
Konflikten und Korruption.

Verweise auf „Global Witness“
in diesem Report beziehen
sich auf „Global Witness“, eine
Firma mit beschränkter Haftung
und registriert in England
(Firmennummer 2871809).

ISBN 978-0-9574857-9-2

© Global Witness, 2013